Salvija Kavalnė

INSOLVENZ DES FINANZSICHERUNGSGEBERS: THEORETISCHE UND PRAKTISCHE PROBLEME

Zusammenfassung

EINFÜHRUNG

Problemstellung.

Das Schuldner-Insolvenzverfahren vom Anstrengen des Prozesses bis zur abschliessenden Vermögensrealisierung und -verteilung an die Gläubiger ist ein langwieriger Vorgang, daher können Gläubiger, deren Forderungen in Form von Pfändern oder Hypotheken gesichert sind, Verluste erleiden. Das ist besonders aktuell in den Fällen, in denen Vermögen finanziell gesichert werden muss, dessen Wert sowohl von den objektiven Bedingungen des Marktes, als auch von dessen Launen abhängig ist.

Da der Vermögenswert unstabil ist und man nicht vorhersagen kann, in welche Richtung sich der globale Finanzmarkt in der zusammenhängenden Finanzwelt entwickelt, unterscheiden sich jene Mittel zur Sicherungserfüllungspflicht, mit denen auf dem Kapitalmarkt gehandelt wird (z.B. Aktien, Obligationen etc.) von den Mitteln üblicher Arten und Weisen der Sicherungserfüllungspflicht (Hypotheken, Pfändung von mobilen materiellen Gütern).

Die derzeitige Abwicklung der Sicherungserfüllungspflicht von Gläubigerforderungen im Fall eines Schuldner-Insolvenzverfahrens stammt aus Zeiten, in denen sich der moderne Finanzmarkt noch nicht formiert hatte, daher wurde er nicht an dessen Erfordernisse angepasst. So kamen bei den Kreditanstalten Zweifel auf, ob die finanziellen Mittel der Sicherungserfüllungspflicht ausreichenden Schutz gewährten bei Insolvenz eines Klienten, d.h. eines Finanzsicherungsgebers. Für die Kreditanstalten ist das verbunden mit einem zusätzlichen Systemrisiko.

Die Strebung des Finanzsektors nach der Stärkung der Rechtsicherheit der finanziellen Kreditsicherungmassnahmen war ein Grund für die Initiative der Europäischen Union ein neues

rechtliches Instrumentarium zu der Verbesserung der Rechtsicherheit der finanziellen Kreditsicherungmassnahmen in der Europäischen Union zu schaffen und somit solche finanzielle Kreditsicherungmassnahmen mehr geeigneter und annehmbarer für das Finanzsektor zu machen.

Die Europäische Kommission hat bereits 1999 im Aktionsplan fuer Finanzdienstleistungen den Abbau den bestehenden Hemmnisse, welche im Wege der effektiven Erweiterung der finanziellen Kreditsicherungsmärkten stehen, angekündigt. Im Jahre 2002 wurde die Richtlinie über Finanzsicherheiten veröffentlicht. In das litauische Recht wurde die rechtliche Reglementierung der Finanzicherheiten, welcher Ziel der Schutz der Gläubiger von der Anwendung der bestimmten nachteiligen Rechtsnormen ist, mit dem Gesetz über die Finanzsicherugsgeschäfte und mit der Änderung einigen Normen des Insolvenzgesetzes, Unternehmenssanierungsgesetzes und des Gesetzes der Bank Litauen übernommen.

Mit der neueen Reglementierung wurde die Möglichkeit für die Geschäftspartner geschafft, sich miteinander zu vereinbaren einen bestimmten Teil des Insolverzvermögens von der Insolvenzmasse herauszunehmen. Auch besteht es die Möglichkeit sich zu vereinbarren, dass die Finanzischerheit durch Gläubiger selbst und nicht durch den Insolvenzverwalter verwertet wird, wie es zuvor die Regel war. Der Gläubiger wird bei der Verwertung an die Verfahren nach dem Insolvenzgesetz nicht gebunden, es bestehen auch andere Ausnahmen von dem üblichen Insolvenzrecht.

Solche rechtliche Reglementierung hat zur Folge, dass einigen Objekten im Insolvenzfall des Sicherungsgebers faktisch eine Insolvenzimmunität gewährt wurde. Doch mit der Schaffung der beliebigen Konstruktion der Kreditsicherungmassnahmen hat man immer ein Problem zu lösen: ein Gleichgewicht zu sichern zwischen

- *dem Interesse eines Gläubigers* (oder einer bestimmten Glauebigergruppe) eine effektive Befriedigung seiner Forderung zu bekommen und
- *dem gemeinsamen Interesesse aller Gläubiger* des Schuldners mit gleichen Rechten an der Verteilung des ganzen Vermögens des Schuldners teilzunehmen um ihre Forderungen gleich von dem ganzen Vermögen des Schuldners zu befriedigen.

Nachdem in der Europäischen Gemeinschaft eine neue rechtliche Basis geschaffen worden ist, die zur Sicherung der finanziellen Verpflichtungen dienen soll, können das Kapital im Finanzsystem effektiv

verteilt werden, die Entwicklung der Wirtschaft gesichert, die Rechte der Vertragsparteien geschützt und der entsprechende Mechanismus zur Verteidigung der verletzten Rechte geschaffen werden. Man darf aber nicht vergessen, dass das Insolvenzrecht in jedem Staat der Europäischen Gemeinschaft verschiedene imperativische Regelungen festlegt, von denen abzuweichen nach dem Willen der Vertragsparteien nicht erlaubt ist. Deswegen ist es nötig, die Frage eingehender zu behandeln, ob diese unterschiedlichen Interessen aufeinander abgestimmt werden können und welche Praxis zur Reglamentierung der wirtschaftlichen Beziehungen besonders eignen würde.

In der Erklärungschrift zum Finanzsicherungsgesetz wird darauf hingewiesen, dass „Mit diesem Gesetz wird die Integration und die Effektivität des Finanzmarktes sowie die Stabilität des Finanzsystems in der Europäischen Union angestrebt, indem man gleichzeitig die Freiheit, Dienstleistungen zu erbringen, und den Kapitalverkehr im einheitlichen Markt der Finanzdienstleistungen sichert“. Obwohl aber in der Erklärungsschrift zum Gesetz die Vorteile der rechtlichen Reglamentierung vom Finanzsicherungsgeschäft aufgelistet werden, wird es verschwiegen, dass den unzweifelhaften Vorteilen der finanziellen Sicherung auch die Verluste entgegengesetzt werden müssen, die möglicherweise das angewandte Insolvenzrechtsystem erfahren wird, weil mit der neuen rechlichen Regulierung festgelegt wurde, dass einige der wichtigsten Regelungen des Insolvenzrechtes in der Hinsicht der Finanzsicherungsgeschäfte nicht angewandt werden können.

Beim Insolvenzverfahren stößt man auf das Problem der beschränkten Ressourcen: Das Vermögen des Schuldners reicht nicht zur Befriedigung aller Forderungen des Gläubigers aus, deswegen besteht eines der Hauptzwecke, die an das Insolvenzrecht gestellt werden, darin, einen effektiven und gerechten Mechanismus zur Aufteilung der Insolvenzmasse an die Gläubiger zu schaffen. In der europäischen Rechtstradition werden vor allem die durch die Verpfändung und die Hypotheke gesicherten Forderungen der Gläubiger aus den finanziellen Mitteln befriedigt, die nach der Übergabe des verpfändeten Vermögens an den Insolwenzverwalter erhalten wurden.

Die rechtliche Regelung der finanziellen Sicherheit unterscheidet sich von der Verpfändung. Nachdem dem Schuldner ein Insolvenzverfahren eingeleitet wird, treten verbietende Normen des Insolvenzrechtes in Kraft. Die Verwaltung und die Kontrolle sowohl des verpfändeten als auch des nicht verpfändeten Vermögens übernimmt der Insolvenzverwalter, der von dem ganzen zur Verfügung stehenden Vermögen des Unternehmens die Insolvenzmasse formt. Obwohl die Gesetze der Republik

Litauen das Vorrecht aller Gläubiger, derer Forderungen durch das verpfändete Vermögen gesichert sind, vorsieht, die Forderungen aus dem verpfändeten Unternehmensvermögen im Fall der Insolvenz zu befriedigen, übernimmt im Fall der einfachen Verpfändung das verpfändete Vermögen der Insolvenzverwalter, und erst später, nachdem das Vermögen verkauft wird und auf diese Weise finanzielle Mittel erhalten werden, oder wenn das Vermögen nicht verkauft werden konnte, werden diese finanziellen Mittel oder der Pfand selbst an den Pfandgläubiger übergegeben (Gesetz zum Insolvenzverfahren (GIV) Abs. 33-34). Im Fall des finanziellen Pfandes gerät der Pfand überhaupt nicht in die Kontrolle des Insolvenzverwalters. Das Gesetz zum Insolvenzverfahren sieht eine entsprechende Reihenfolge der Befriedigung der Gläubigerforderungen, der Vorrang gegenüber der anderen Gläubiger wird nur den Gläubigern zugeteilt, derer Kreditforderungen durch die Verpfändung oder die Hypotheke gesichert sind (GIV Abs. 34, 35), aber den Innhabern des finanziellen Pfandes wird im Allgemeinen die sog. „Immunität" gegen die ihnen ungüstigen Regelungen des Insolvenzrechtes angewandt. Auf diese Weise wird neben den gewöhnlichen Gläubigern und den durch das Verpfändungs- (oder Hypotheke-)recht geschützten Gläubigern eine Schicht der besonders privilligierten Gläubiger geschaffen, für die die rechtliche Regulierung der finanziellen Sicherheit das Recht verleiht, sich mit einer beiderseitigen Vereinbarung über die Nicht-Anwendung der ihnen üngünstigen und der eine effektive Realisierung des Vermögens hindernden Normen des Insolvenzverfahren zu einigen. Somit entstehen die Fragen, wie und in welchem Umfang die rechtliche Regulierung der finanziellen Sicherung das System des Insolvenzrechtes ändert, welche Rolle im Insolvenzrecht das Institut der finanziellen Sicherung und sein Verhältnis zur rechtlichen Regulierung der einfachen Verpfändung spielen, welche praktischen Probleme können bei der Anwendung der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen im Insolvenzverfahren eines Schuldners entstehen können, wie sieht in dem Kontext solcher rechtlichen Regulierung das Verhältnis der Freiheits- und Insolvenzrechtprinzipien aus, und ob die rechtliche Regulierung der finanziellen Sicherung überhaupt mit dem Insolvenzrecht aufeinander abzustimmen sind. Alle diese Fragen sind ein aktueles Problem der Wissenschaft.

Außerdem wurde in der ersten Phase der rechtlichen Regulierung der europäischen finanziellen Sicherung angestrebt, das Verhältnis zwischen den Subjekten zu reglamentieren, die in ihrer finanziellen Erfahrung und in der Verhandlungspotenz gleich sind, deswegen wurden alle rechtlichen Normen mit der Annahme geschaffen, dass sie bei den kleinen und mittleren Unternehmen nicht angewandt werden. Dies hat auch zum Teil bewirkt, dass die Frage über die Notwendigkeit, den

Mechanismus zur Verteidigung der Interessen der schwächeren Vertragspartei zu schaffen, gar nicht aufgeworfen wurde. In der endgültigen Variante hat man darauf verzichtet, die Subjekte nur auf die großen Unternehmen einzuschränken, und in die Liste der Subjekte, die zur Schließung der Finanzsicherungsgeschäfte berechtigt sind, alle Rechtspersonen einbezogen wurden, außgeschlossen physische Personen, d.h. die Verbraucher, mit der Bedingung, dass mindestens eine Partei der Vereinbarung eine finanzielle Institution im weiteren Sinne ist. Die Anwendung der rechtlichen Regulierung der finanziellen Sicherung hinsichtlich der Subjekte mit unterschiedlicher finanzieller und Verhandlungspotenz (z.B., für die Finanzsicherungsgeschäfte zwischen Banken und kleinen b.z.w. mittleren Unternehmen) ist wieder auch eine Anspornung, die neue rechtliche Regulierung und ihren Einfluss auf das nationale Insolvenzrecht detailiert zu analysieren. Ein aktuelles Problem der Wissenschaft sind auch die Bewertung des Verhältnisses zwischen den Parteien des Finanzsicherungsgeschäftes und anderen Gläubigern, ihrer Rechte, Verpflichtungen und des Ausgleiches der Interessen im Insolvenzverfahren des Schuldners, und die Analyse, ob bei der Schaffung besonders günstiger Bedingungen für einen Gläubiger (oder eine Gruppe der Gläubiger) nicht mal die Interessen anderer Gläubiger leiden und ob die Suche nach der Problemlösung zur Vereinbarkeit der finanziellen Sicherung und des Insolvenzrechtes nicht gehindert wird.

Aktualität und wissenschaftliche Neuheit des Themas

Am 1. Mai 2004 trat in Kraft das Gesetz üeber die Finanzsicherungsgeschäfte, welches die Europäische Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten in das litauische Rechtssystem umgesetzt hat. Ziele des Gesetzes ist es die Integration und die Efektivität der Finanzmärkte, die Stabilität des Finanzsystems der Europäischen Union, die Sicherung der Dienstleistungsfreiheit und freie Kapitalbewegung in der vereinigten Markt der Finanzdienstleistungen. Das Gesetz sollte eine efektive, sichere und vertrauenswerte Durchfürung der Finanzsicherungsgeschäften zu sichern. In diesem Gesetz wurden am ersten Mal Begriffe der Finanzsicherung, Finanzicherheiten und viele neue andere Begriffe und einige Besonderheiten der rechtlichen Reglementierung des Schuldnerinsolvenz eingeführt, wie, zum Beispiel, die Möglichkeit der Nichtanwendung der bestimmten imperativen Insolvenznormen im Hinblick auf die Finanzsicherungsgeschäfte. Obgleich seit dem Inkrafttreten des Gesetzes für Finanzsicherungsgeschäfte mehr als fünf Jahre vergangen sind und der Einfluss dieses Gesetzes für das litausche Recht und insbesondere für das litauische Insolvenzrecht ganz hoch einzuschätzen ist, gibt es in der Rechtsliteratur in unserem Land noch kaum rechtliche Untersuchungen, die sich mit der

rechtlichen Regulierung der Finanzsicherung und ihrem Verhältnis zum Insolvenzrecht befassen.

Eine umfassende Untersuchung die speziell diesem Institut, seiner Bedeutung für das Insolvenzrecht Litauens gewidmet wäre, gibt es überhaupt nicht. Dazu gibt auch keine Gerichtpraxis, welche bestimmte Fragen bezüglich der Anwendung der Gesetzes beantworten könnte.

Damit besteht die Neuigkeit dieser wissenschaftlichen Untersuchung daran, dass es am ersten Mal gezielt an dem neuen, bisher in der wissenschaftlichen Literatur nicht behandelten Aspekt konzentriert wird – an der theoretischen und praktischen Insolvenzrechts Problemen in der Verbingund mit der rechlichen Reglementierung der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers.

2009 machte die EU-Kommission dem beratenden EU-Parlament ergänzende Vorschläge für einen Richtlinienwechsel, die wesentlich mit der Ausweitung der Richtlinie auf sachliche Anwendungsgebiete in Verbindung stehen. Die Verabschiedung dieser Veränderungen wird sich auch unmittelbar auf das litauische Recht auswirken, darum ist es aktuell und notwendig, die rechtliche Regulierung der Finanzsicherung und ihre Übereinstimmbarkeit mit dem Insolvenzrecht zu analysieren.

Auf die Problematik der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherung richtet K. Laurinavičius in seiner Arbeit "Die rechtliche Natur nichtmaterieller Wertpapiere und ihre Anwendung bei der Sicherungserfüllungspflicht" ebenso wie in dem Artikel "Richtlinien 20002/47/EB zur Realisierung von Finanzsicherungsgeschäften im litauischen Recht" seine Aufmerksamkeit. Wie dem Titel der Studien allerdings zu entnehmen ist, wird in diesen Arbeiten ein Hauptaugenmerk auf die Analyse der rechtlichen Natur nichtmaterieller Wertpapiere und die allgemeinen Aspekte ihrer Verwendung bei der Versicherungserfüllungspflicht gelegt, nicht aber gesondert auf Probleme eingegangen, die dem Insolvenzrecht im Zusammenhang mit der Sicherungserfüllungspflicht erwachsen.

Einige Mittel der Sicherungserfüllungspflicht für die litauische Zentralbank und ihre Form der Anwendung im Eurosystem analysiert G. Posiūnas (sehr nützlich seine Ensichten bzgl. der Interpretation des Pfandbegriffs).

Das allgemeine Problem der Übereinstimmbarkeit vom Tauschrecht in der EU erforschte A. Smaliukas.

J. Šatas bietet eine knappe Konzeption von Finanzsicherungsgeschäften an und betrachtet grundsätzliche Besonderheiten der rechtlichen Reglementierung in seinem Buch: "Internationales Abrechnungswesen. Rechtliche Grundlagen und Praxis". Dort werden auch einige grundlegende Zielsetzungen genannt. Nützlich für die Untersuchung des Themas, Analyse der Grundsätzen des Insolvenzrechts und der Insovenzzielen waren auch die Ensichten der Autorin der Dissertation und der Koautoren in der wisschenschaftlichen Arbeit „Insolvenzrecht. Das erste Buch“

Ausschöpfende Untersuchungen zu den Auswirkungen der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherungsgeber-Insolvenz und ihrer Bedeutung für das litauische Insolvenzrecht wurden in Litauen bisher nicht durchgeführt, auch gibt es keine rechtlichen Praktiken, die antworten könnten auf Fragen der Gesetzesanwendung.

Die Rechtslehre im Ausland bietet ebenfalls keine grosse Auswahl an Untersuchungen zu Auswirkungen der rechtliche Regulierung der Finanzsicherung und ihr Verhältnis zum Insolvenzrecht. Die vorhandenen Untersuchungen kann man vier verschiedenen Gruppen zuordnen:

1) Führer und Kommentare, in denen die Thematik der Finanzsicherungsgeschäfte knapp vorgestellt wird. Sie sind gedacht für eine, wenn man das so nennen mag, juristische Grundausbildung und nicht für eine ausführliche Analyse geeignet. Zusammen betrachtet zeichnet sie aus, dass der komplexe Charakter der zu erörternden Problematik gut illustriert und dargelegt wird, denn das Thema der Finanzsicherungsgeschäfte wird in verschiedenen Rechtszweigen und Institutsführern dargestellt, die sich sowohl mit Konkursrecht (Häsemyer, Gottwald) als auch mit dem Recht bzgl. der Finanzsicherungsmittel (von Wilmovsky) und mit dem Wertpapier-Recht (Lenenbach) befassen.

2) Wissenschaftliche Artikel mit informierendem, vorstellendem Charakter von Juristen unterschiedlicher Länder. Das ihnen gemeinsame Merkmal - Beschreibung der Richtlinie und der Zielsetzungen der sie umstellenden nationalen Gesetze, es soll aufgezeigt werden, ob unter Anwendung des in der Richtlinie erteilten Rechts ihr Anwendungsgebiet eingeschränkt wird. Unkritische Bewertung, wirtschaftliche und rechtliche Aspekte werden fast überhaupt nicht analysiert.

3) Diverse analysierende wissenschaftliche Artikel von Juristen verschiedener Länder. Ihr wesentliches gemeinsames Charakteristikum: gründliche Analyse sowohl der Richtlinie als auch des nationalen Gesetzesaktes, kritische Bewertung, umfassende Analyse des ökonomischen, politischen und rechtlichen Kontextes. Besonders erwähnenswert sind aus Österreich die Studien der Juristen G. Kathrein und S. Eder, aus Deutschland die von K. Lober, E. Ehricke, G. Hölzle, M. Obermüller, K.

Wimmer und L. Floether,, die Untersuchungen der Briten A. Fawcett und G. L. Gretton, sowie des Niederländers R. Westrik. Den Fragen der Finanzsicherungsrealisierung widmet der Jurist T. Keijser in seiner Monografie: "Finanzsicherungsgeschäfte. Eine Analyse der europäischen Richtlinie zur Finanzsicherung aus der Perspektyve des Eigentums- und Konkursrechts" die meiste Aufmerksamkeit.

4. Allgemeine Untersuchungen von Marktexperten und Wissenschaftlern, die bis zur Verabschiedung der Richtlinie verrichtet wurden und deren Grundlage die Schlußfolgerungen aus dem Richtlinienprojekt bildeten. Man kann sie auch als Begleitmaterial zur Richtlinie bezeichnen. Gemeinsam ist ihnen die kritische Bewertung, denn sie wurden angefertigt für Sicherungsnehmer von Finanzinstituten oder sie repräsentierender Organisationen, besonders Interessierte und solche von priviligiertem Status, da nämlich ihnen eine möglichst umfassende Anwendung der Richtlinie und ein möglichst grosses Schutzregime von Nutzen ist.

In diesen Studien wird gewöhnlich der ökonomische Nutzen der Regulierung des neuen Rechts betont sowie die ökonomischen Pflichten. Diese Arbeiten sind besonders hilfreich, wenn man die Ziele der verabschiedeten Richtlinie und den ökonomischen Kontext ihrere Verabschiedung verstehen und interpretieren will.

Die meisten der hier erwähnten rechtlichen Untersuchungen analysieren die Situation in dem Staat, dessen Vertreter der jeweilige Jurist ist, daher wurden die Probleme des litauischen Rechts in diesen Arbeiten bisher nicht thematisiert. Zudem werden gewöhnlich nur die allgemeine Bedeutung der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherung und der wirtschaftliche Nutzen besprochen, während eine ausführliche Untersuchung zur Problematik des Insolvenzrechts bisher weder in Litauen noch im Ausland durchgeführt wurde.

Die wissenschaftliche Neuheit dieser Untersuchung liegt darin begründet, dass sie sich auf die bisher weder in Litauen noch im Ausland ausführlich behandelten Aspekte konzentriert - die theoretischen und praktischen Probleme des Insolvenzrechts im Zusammenhang mit der Anwendung rechtlicher Normen für Finanzsicherungsgeschäfte bei Insolvenz eines Sicherungsgebers.

Die praktische Bedeutung. Die Dissertation bietet Schlußfolgerungen und Vorschläge an, wie die Herausgeber litauischer und EU-Gesetzesakte die Regulierung der Finanzsicherung vervollkomnen und wie die Gerichte sie deuten und anwenden können. Auf die Resultate der Untersuchung stützt man sich

während der an der Mykolas-Roemer- Universität durchgeführte Rechtsstudien, in der Vorlesungen und Seminaren zum Thema Insolvenzrecht, Teile der Dissertation wurden im Jahre 2009 im dem ersten litauischen dem Insolvenzrecht gewidmeten Buch „Insolvenzrecht. Das erste Buch" (die Autoren S. Kavalnė, V. Mikuckienė, R. Norkus, R. Velička) benutzt. Derzeit dienen die Einsichten und Schlussfolerungen der Dissertation für die Vorbereitung des zweiten Teiles des Buches „Insolvenzrecht. Das zweite Buch".

Objekt der Untersuchung - die rechtliche Regulierung der Insolvenz eines Sicherungsgebers, die Wirkung der Anwendung von die Sicherungsgeschäfte reglementierenden Gesetzesnormen bei Insolvenz eines Sicherungsgebers und dessen Bedeutung für das litauische Insolvenzrecht.

In der Untersuchung werden die reglementierenden Gesetzesnormen bei Insolvenz eines Sicherungsgebers zur Anpassung der Finanzsicherungsgeschäfte Litauens und der EU analysiert, dabei die Ausnahmen der nationalen Insolvenzrechte ermittelt, die Gerichtspraxis, die wissenschaftlichen Arbeiten litauischen und ausländischen Rechts zum Finanzsicherungsgeschäftsrecht sowie dessen Verhältnis zum Insolvenzrecht.

Die Gegenstände der Untersuchung sind nicht die reglementierenden Gesetzsnormen von Wertpapierabrechnungen oder abschließenden Zahlungsabrechnungen. Die Untersuchung ist gedacht als Problemanalyse des Insolvenzrechts, weil in diesem nicht die mit der Regulierung der Finanzierungssicherheit in Zusammenhang stehenden Fragen in steuerlichen, Unternehmens- oder anderen rechtlichen Bereichen erörtert werden.

Der Gegenstand dieser Untersuchung schließt ebenfalls keine Fragen internationalen Privatrechts ein, die im Bereich von Finanzsicherungsrecht entstehen, d.h. in der Untersuchung wird vorausgesetzt, dass das litauische Recht auf die Finanzsicherungsgesetze angewendet wird, *forum concursus* - der Staat Litauen.

Das Ziel der Untersuchung besteht darin, die theoretischen und praktischen Probleme zu analysieren, die mit der rechtlichen Regulierung der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers verbunden sind, die Mängel der rechtlichen Regulierung, der Deutung sowie de Anwendung der Rechtsnormen zu identifizieren und die Richtungen zur möglichen Besserung der rechtlichen Regulierung anzugeben.

Um das Ziel der Untersuchung zu erreichen, wurden folgende **Aufgaben gestellt:**

1. die Hauptmerkmale der rechtlichen Regulierung der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers, die Rolle des Finanzsicherungsrechtes[1] sowie ihre Stelle im Insolvenzrecht und die Entwicklung der rechtlichen Regulierung der finanziellen Sicherung zu analysieren;
2. die praktischen Probleme der Gültigkeit und der Anwendung der Finanzsicherungsgeschäfte im Insolventverfahren des Finanzsicherungsgebers zu analysieren sowie festzustellen, ob die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen das Gleichgewicht der Verpflichtungen, der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers und anderer Gläubiger des Finanzsicherungsgebers festlegen;
3. die Vereinbarkeit der rechtlichen Regulierung der finanziellen Sicherung mit dem Insolvenzrecht zu bewerten sowie die Richtungen zur Deutung der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen festzustellen, die im Fall der Insolvenz des Schuldners anuzwenden sind.

Die zu verteidigenden Thesen der Untersuchung:

Die heutzutage gebräuchliche Regulierung der finanziellen Sicherung ist zu vervollkommnen, weil die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen die Verpflichtungen, Rechte und den Ausgleich der Interessen des Finanzsicherungsgebers, des Sicherungsnehmers sowie anderer Gläubiger des Finanzsicherungsgebers im Insolvenzverfahren des Schuldners nicht festsetzen.

Mit dem Ziel, die Interessen der schwächeren Vereinbarungspartei zu verteidigen, muss ein effektiver rechtlicher Mechanismus geschaffen werden, der den Missbrauch der Gläubiger des Finanzsicherungsgebers, derer Forderungen durch finanziellen Pfand gesichert sind, am Recht verhindern könnte.

[1] Der Begriff *Finanzsicherungsrecht* wird in dieser Untersuchung zur Definition der Rechtnomen, die die Vereinbarungen über finanzielle Sicherung reglamentieren, verwendet. Damit wird angestrebt, verallgemeinert alle Regelungen des positiven Rechtes zu definieren, die driekt oder indirekt die Vereinbarungen über finanzielle Sicherung und davon abhängigen Verhältnisse reglamentieren. Durch den Gebrauch von diesem Begriff wird keinesfall der Anspruch ausgedrückt, das Recht der Vereinbarungen über finanzielle Sicherheit als einen selbständigen Rechtbereich abzusondern. Nach der Meinung der Autorin bilden die Rechtsnormen zu Vereinbarungen über finanzielle Sicherung hinsichtlich des Rechtsystems einen rechtlichen Zwischenbereich.

Die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen festigen die Ausnahmen des Insolvenzrechtes, deswegen wenn einige mögliche Varianten der Deutung von Rechtsnormen vorhanden sind, müssen die die Vereinbarungen über finanzielle Sicherung reglamentierenden Rechtsnormen verengend gedeutet werden.

Methodologie der Arbeit

Während der Untersuchung wurden verschiedene komplexe Untersuchungsmetoden angewandt. Die Absicht, sich auf linguistische Methoden, sowie Gesetzes- und Richtliniennormen zu stützen lag darin, den Sinn der in diesem Text verwendeten Wörter zu analysieren.

Mittels historischer Methoden wurde die Entwicklung der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherung in Litauen und der EU dargelegt.

Mit den Methoden der Quellenanalyse wurden wissenschaftliche Literatur, Gesetzesakte und die sie auslegende litauische Rechtslehre analysiert.

Vergleichende Methoden dienten der Annäherung der gesonderten reglementierenden Gesetzesnormen von Finanzsicherungsgeschäften und ihre Auslegung in der litauischen Rechtslehre sowie der Gerichtspraxis an die Gesetzesdoktrin ausländischen Rechts und an Rechtstraditionen. Beabsichtet war, die Besonderheiten des litauischen Rechts sowie seine Gemeinsamkeiten mit dem Recht in anderen EU-Mitgliedsstaaten darzulegen. Die Anwendung dieser Methode lag dem Umstand zugrunde, dass das Institut für Finanzsicherungsgeschäfte keine Erfindung litauischen Rechts ist; dieses Institut innerhalb des litauischen Rechtssystems ist entstanden durch Realisierung von EU-Rechtsnormen.

Durch die teleologische Methode konnten die Bedingungen für die Mittel der konkreten Rechtsnormen geklärt werden sowie definiert, unter welcher Zielsetzung der Herausgeber von Rechtsakten sie verabschiedet hat, welcher Inhalt ihnen verliehen werden soll.

Die Methoden der systematischen Analyse dienten der Aussonderung wesentlicher Merkmale des Finanzsicherungsinstituts und der Verdeutlichung des Verhältnisses von rechtlicher Regulierung der Finanzsicherung und dem Konkursrecht, sowie deren Übereinstimmbarkeit.

Analytisch-kritische Methodik ermöglichte ein Aufdecken der Mängel der rechtlichen Regulierung, sowie Arten und Weisen diese Mängel zu beseitigen.

Struktur der Arbeit

Die Struktur der Untersuchung ergab sich aus den formulierten Aufgaben: die Untersuchung besteht aus einer Einleitung, drei Lehr-, bzw. Forschungsteilen, Schlußfolgerungen und Vorschlägen.

Im ersten Teil wird die Bedeutung und die Stelle des Rechtes zur finanziellen Sicherung im Insolvenzrecht, die Auffassung der Finanzsicherungsgeschäfte, grundlegende Faktoren, die den Bedarf an der rechtlichen Regulierung der finanziellen Sicherung in der Europäischen Union bestimmt haben, sowie die Entwicklung der rechtlichen Regulierung der finanziellen Sicherung analysiert.

Im zweiten Teil der Untersuchung werden praktische Probleme der Gültigkeit und der Anwendung der Finanzsicherungsgeschäfte im Insolvenzfall des Schuldners analysiert, wird darauf eingegangen, wie die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen im Insolvenzverfahren des Schuldners angewandt werden sollten, und welche Einschränkungen zur Anwendung der allgemeinen Rechtsnormen des Insolvenzrechtes dadurch entstehen. Eingehend wird der Inhalt der Finanzsicherungsgeschäfte analysiert, indem man auf die Bedingungen aufmerksam macht, die zwar gewöhnlich im Insolvenzrecht nicht anzuwenden sind, aber durch die rechtliche Regulierung der finanziellen Sicherung erlaubt sind. Es wird der beiderseitige Ausgleich der Rechte und Verpflichtungen vom Finanzsicherungsgebers und vom Insolvenzverwalters analysiert, man klärt, ob die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen den Ausgleich der Verpflichtungen, der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers, des Sicherungsnehmers und anderer Gläubiger der Finanzsicherungsgeber befestigen.

Im dritten Teil der Arbeit wird die Vereinbarkeit der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen mit dem Insolvenzrecht analysiert, es werden die Richtungen zur Deutung der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen festgelegt und die Vorschläge zur Lösung der Probleme der Vereinbarkeit der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen mit dem Insolvenzrecht vorgelegt.

Am Schluss der Arbeit sind die Schlussfolgerungen gezogen, Voschläge gemacht, das Verzeichnis der bei der Anfertigung der Dissertation verwendeten Literaturquellen sowie das Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Autorin zum Thema der Arbeit beigelegt.

INHALT DER DISSERTATION

Der erste Teil der Untersuchung **„Die Auffassung der Finansicherungsgeschäften und ihre Bedeutung für das Insolvenzrecht“** besteht aus zwei großen Abschnitten. Im ersten Abschnitt „Rechtliche Charakteristik der Finanzsicherungsgeschäften“ ist festgestelt, dass die Finanzsicherung ist eine besodere Art der Kreditsicherung, welche mit der Verpfändung des Finanzvermögens nicht gleichgestellt werden kann, weil sie nicht nur die Verpfändung des Finanzvermögens sondern auch die Übergabe des Besitzrechtes auf dieses Finanvermögen bedeutet. „Finanzsicherheit“ ist eine Sicherheit, die in Form der Vollrechtübertragung oder in Form eines beschränkten dinglichen Sicherungsrechts bestellt wird; hierbei ist unerheblich, ob diese Geschäfte einem Rahmenvertrag oder allgemeinen Geschäftsbedingungen unterliegen oder nicht.Finanzsicherungsgeschäft ist

Finanzsicherungsgeschäfte mit der Vollrechtsübertragung stellen eine ganz neue rechtliche Konzeption der Kreditsicherung im litauischen Recht. Finanzsicherungsgeschäfte mit beschränkten dinglichen Sicherungsrecht inhaltlich ähneln der übliche Verpfändung, aber sollten als qualifizierte Verpfändung verstanden werden, weil die übliche Forderungen, die für die Verpfändung gelten, für die Finanzsicherungsgeschäfte gelten nur insoweit sie nicht modifiziet oder abgeschaft durch die spezielle Rechtsnormen.

Der Bereich des Gesetzes über die Finanzsicherungsgeschäfte ist nicht genau definiert, er entspricht den Kriterien der Klarheit und der Genauigkeit, die an eine Rechtsakte gestellt werden, nicht und es sind einige Interpretationen über den Anwendungsbereich des Gesetzes möglich. Die Undefiniertheit der im Gesetz angewandten Begriffe bedingt das Nichtvorhandensein der rechtlichen Klarheit über den Anwendungsbereich des Gesetzes. Die Ungenauigkeiten bei der Definition vom Anwendungsbereich des Gesetzes bedingen die Unmöglichkeit, den Umfang und den Maßstab des Gesetzeseinflusses auf das Insolvenzrecht genau zu bestimmen. Der Anwendungsbereich des Gesetzes *de lege lata* und *de*

lege ferenda kann nur auf die Weise definiert werden, indem die Gesamtheit der Methoden zur Deutung des Rechtes angewandt wird.

Im zweiten Teil des ersten Abschnitts "Die Entwicklung der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherung" wird festgehalten, dass es ausschließlich ökonomische Faktoren sind, die den rechtlichen Regulierungsbedarf der Finanzsicherung bedingen. Die Pfand-Richtlinie, die einen spezifischen priviligierten Status des Pfands im Fall einer Schuldner-Insolvenz verankert, wurde verabschiedet vor allem im Bestreben makro-ökonomische Ziele zu realisieren (Erhöhung der Stabilität des Allgemeinen Finanzsystems, gleichzeitiges Gewähren von Dienstleistungsfreiheit und Freiheit der Kapitalbewegungen innerhalb eines gemeinsamen finanziellen Dienstleistungsmarktes).

Die in diesem Kapitel vorgenommene Analyse weist auf, dass das offizielle Hauptziel (*ratio legis*), zu deren Zweck die Richtlinie für Finanzsicherungsgeschäfte des litauischen Rechts verabschiedet wurde, eine Risikovermeidung für das System sowie die Schaffung von Rechtssicherheit ist, also müssen bei der Analyse der regulierenden rechtlichen Normen der Finanzierungssicherung und ihrer Auswirkung auf das nationale Insolvenzrecht diese Ziele beachtet werden.

Der zweite Teil der Untersuchung „**Probleme der Gültigkeit und der Anwendung der Finanzsicherungsgeschäfte im Fall der Insolvenz des Schuldners“** besteht aus drei großen Abschnitten. Im ersten Abschnitt werden die allgemeinen Regelungen über die Finanzsicherungsgeschäfte im Insolvenzverfahren des Schuldners beschrieben, im zweiten Abschnitt analysiert man die problematischen Fragen der Vollziehung der Finanzsicherungsgeschäfte, die vor dem Einleiten des Insolvenzverfahrens an den Schuldner entstehen, und im dritten Teil werden die Probleme nach der Einleitung des Insolvenzverfahrens an den Schuldner behandelt. Aufgrund der durchgeführten Analyse ist man zur Schlussfolgerung gelangt, dass der Sicherungsnehmer das Recht hat, nach eigenem Ermessen unverzüglich den finaziellen Pfand zu realisieren, falls dieses Recht ihm im Finanzsicherungsgeschäft zugesprochen wurde. Die Gerichtskontrolle der Finanzsicherungsgeschäfte *a posteriori* ist aber möglich, wenn es Zweifel besteht darüber, (1) ob ein Finanzsicherungsgeschäft gültig ist, (2) und ob die Finanzsicherheit auf eine komerziell begründete Weise realisiert wurde. Es wurde festgestellt, dass die Richtlinie und das diese Richtlinie verwirklichende Gesetz über Finanzsicherungsgeschäfte sehen die Ausnahmen in den imperativischen

Regelunges des Insolvenzrechtes bei der Vermögensrealisierung von Unternehmen im Insolvenzverfahren vor, die dem Sicherungsnehmer günstig sind.

In der Untersuchung wird festgestellt, dass sich das Insolvenzrecht wie ein Gegensatz zur individuellen Zwangsvollziehung ausgebildet hat, aber im Insolvenzrecht ist wiederum die Möglichkeit der individuellen Einziehung entstanden ist. Nach den die Realisierung der Finanzsicherheit reglamentierenden Rechtsnormen erhält der Sicherungsnehmer das Recht, nach der Einleitung des Insolvenzverfahrens an den Schuldner einseitig die Finanzsicherung nach den im Finanzsicherungsgeschäft vorgesehenen Bedingungen zu realisieren. Es wurde betont, dass das Recht des Sicherungsnehmers, im Fall der Schuldnerinsolvenz unverzüglich einseitig die Finanzsicherung durch den Verkauf oder Übernahme zur eigenen Verfügung zu realisieren, indem die entsprechenden finanziellen Verpflichtungen des Schuldners durch finanzielle Mittel gedeckt werden, verstärkt die Effektivität der Finanzsicherung als Mittels zur Sicherung der Verpflichtungenvollziehung. Aber, indem die privilligierte Lage des Finanzsicherungsnehmers im Fall der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers befestigt wird und indem kein klarer Mechanismus zur Hinderung des Missbrauchs dieser Vorränge vorhanden ist, wird das optimale Gleichgewicht der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers, des Sicherungsnehmers und anderer Gläubiger im Insolvenzverfahren des Schuldners gesichert.

Es wurde Schlussfolgerung gezogen, dass um das optimale Gleichgewicht der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers, des Sicherungsnehmers und anderer Gläubiger im Insolvenzverfahren des Schuldners zu sichern, muss die Verpflichtung, das Vermögen auf eine kommerziell begründete Weise zu realisieren, verstanden werden als Verpflichtung, die Finanzsicherung für einen möglichst maximalen Preis zu realisieren, welcher in dem Fall, wenn die Finanzsicherungen auf entsprechenden Märkten notiert werden, nicht geringer sein darf als der letzte Preis, der entsprechenden Finanzsicherungen auf dem geregelten Markt; es muss die Rechtsvermutung zum Vollzung der Handlungen des Gläubigers auf kommerziell begründete Weise abgeschafft werden; es eine konkrete Zeitspanne festgelegt werden, binnen welcher der Sicherungsnehmer nach der Realisierung der Finanzsicherung den Übergewinn von der Finanzsicherung an den Finanzsicherungsgeber (entsprechend an seinen Insolvenzverwalter) auszahlen muss. Dementsprechend, falls das Recht zur Realisierung der Finanzsicherung an den Sicherungsnehmer

zugesagt wurde, der aber sie binnen einer vernünftigen Zeitspanne nicht volzogen hat, muss der Mechanismus des Übergangs von diesem Recht an den Insolvenzverwalter festgelegt werden.

Wähend der Untersuchung wurde festgestellt, dass die beiderseitige Anrechnung und Einrechnung zwei unterschidliche rechtliche Konzeptionen sind, die aber Berührungspunkte aufweisen. Die Rechtiliche Regulierung der finanziellen Sicherung legt Ausnehmen aus den allgemeinen Regelungen des Insolvenzrechtes fest und befestigt eine spezielle Regime der Finanzsicherungsgeschäfte, derer Teil die beiderseitige Anrechnung zur bestimmten Zeitpunkt ist, und welche von der allgemeinen rechtlichen Regime, die zum Gesetz angewandt wird, abweicht. Man ist zur Schlussfolgerung gekommen, dass sowohl für die Realisierung der Finanzsicherung als auch für die zusätzlichen Überweisungen der Wertpapiere oder finanzieller Mittel, die nach der Veränderung des Wertes der Wertpapiere vollzogen werden, sollten keine allgemeinen das Insolvenzverfahren reglamentierenden Rechtsnormen angewandt werden, diese Sicherheit aber sollte die Maßnahmen nicht übersteigen, die zur Erzielung des Zweckes nötig sind, d.h. man sollte sich an das Prinzip der Proportionalität halten.

Zusammenfassend die im zweiten Teil der Arbeit durchgeführte Analyse lässt sich schlussfolgern, dass das für diesen Teil der Arbeit gestellte Ziel erreicht wurde, d.h. es wurde festgestellt, dass:

- die Rechtsnormen zur Reglamentierung der Gültigkeit und der Anwendung der Finanzsicherungsgeschäfte die Ausnahmen aus den allgemeinen Regelungen zum Insolvenzverfahren und aus ihrer Anwendungspraxis festlegen;
- die rechtliche Regime beim Vollzug der Finanzsicherungsgeschäfte im Insolvenzverfahren des Schuldners ist nur für eine Partei des Geschäftis günstig, d.h. für den Sicherungsnehmer;
- die heutige rechtliche Reglamentierung der Finanzsicherungsgeschäfte sichern das Gleichgewicht der Verpflichtungen, der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers und anderer Gläubiger des Finanzsicherungsgebers im Fall des Insolvenzverfahrens des Schuldners nicht.

Im dritten Teil der Dissertation „**Probleme der Vereinbarkeit der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherungsgeschäfte mit dem Insolvenzrecht“** werden die Probleme der Vereinbarkeit der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherungsgeschäfte mit dem Insolvenzrecht unterschieden und analysiert. Dieser Teil wird in drei selbständige Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt wird das

Zusammenwirken der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen und der Prinzipien des Insolvenzrechtes analysiert. Der zweite Abschnitt behandelt die Probleme der Deutung der die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen und der Finanzsicherungsgeschäfte, und im dritten Abschnitt werden die Lösungen der Probleme der Vereinbarkeit der rechtlichen Regulierung der Finanzsicherungsgeschäfte und des Insolvenzrechtes. Die im dritten Teil durchgeführte Analyse ließ das gestellte Ziel erreichen: es wurden Probleme der Vereinbarkeit der Finanzsicherungsgeschäfte mit dem Insolvenzrecht unterschieden, es wurde festgestellt, dass die rechtliche Regime der Finanzsicherungsgeschäfte kein optimales Zusammenwirken der Finanzsicherungsgeschäfte und des Insolvenzrechtes sichert, somit wurden die anzuwendenden Arten der Rechtsdeutung festgestellt und Vorschläge vorgelegt, wie man die Probleme der Vereinbarkeit der Finanzsicherungsgeschäfte mit dem Insolvenzrecht lösen, den Mechanismus zur Sicherung des Gleichgewichtes der Verpflichtungen, der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers und anderer Gläubiger des Finanzsicherungsgebers vervollkommnen kann. Aufgrund der durchgeführten Analyse wurde festgestellt, dass die die Finansicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen dem Freiheitsprinzip der Verträge den Vorrang geben: Wenn entsprechende Regelungen der Finansicherungsgeschäfte vorhanden sind, werden imperativische Normen des Zivilgesetzbuches (über die Fragen der Form) und die des GIV (zum den Verbot über die Verfügung des Vermögens des Insolvenzunternehmens, zur einseitigen Realisierung, zum Verbot der Einrechnung usw.). nicht angewandt.

Es wurde geklärt, dass eine breite Anwendung vom Prinzip der Vetragsfreiheit bei den rechtlichen Verhältnissen der Finansicherung einigen imperativischen Rechtsnormen des Insolvenzrechtes den Status der dispositiven Rechtsnormen verleiht. So wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die rechtliche Regime der Finansicherungsgeschäfte kein optimales Zusammenwirken der Finanzsicherungsgeschäfte und des Insolvenzrechtes sichert.

Man ist zur Schlussfolgerung gelangt, dass das Prinzip des Gleichgewichtes der Verpflichtungen und der Interessen des Schuldners sowie des Gläubigers wird erst dann beibehalten, wenn die Finansicherungsgeschäfte nur zwischen professionellen Marktteilnehmern abgeschlossen werden, die in ihrer Verhandlungskraft einander gleich sind. Um die Vereinbarkeit der Finansicherung mit dem Insolvenzrecht zu erzielen, muss man festlegen, dass als Parteien von Finansicherungsgeschäften keine kleinen und mittleren Unternehmen sowie keine physischen Personen auftreten dürfen, und die den

Bereicht der Gesetzanwendung reglamentierenden Rechtsnormen müssen entsprechend geändert werden (Gesetz, Abs. 3, Teil 2, Punkt 9)

Nach der Einschätzung der Vereinbarkeit der Finansicherung mit dem Insolvenzrecht wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die die Finansicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen zu deuten sind unter der Beachtung der Ziele, die beim Erlass der Richtlinie angestrebt wurden.

Aufgrund der durchgeführten Analyse wurde festgestellt, dass man die die Finansicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen, die die Ausnahmen der imperativischen Rechtsnormen des Insolvenzrechtes festlegen, verengend deuten sollte. Sie sind unter Beachtung der Prinzipien des Insolvenzrechtes, der Verteidigung der schwächeren Vertragspartei und des Gleichgewichtes von Verpflichtungen sowie Rechte zu deuten.

In der Untersuchung wurde schlussfolgert, dass um das optimale Gleichgewicht der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers, des Sicherungsnehmers und anderer Gläubiger im Insolvenzverfahren des Schuldners zu sichern, muss die Rechtsvermutung festgelegt werden, dass die Finanzsicherung nicht auf eine kommerziell begründete Weise realisiert wurde, der Preis welcher in dem Fall, wenn die Finanzsicherungen auf entsprechenden Märkten notiert werden, geringer ist als der letzte Preis, der entsprechenden Finanzsicherungen auf dem geregelten Markt.

Das Recht, die Finanzsicherung zu realisieren, sollte auch als die Verpflichtung des Sicherungsnehmers verstanden werden, die Handlungen auf kommerziell begründete Weise binnen einer vernünftigen Zeitspanne zu vollziehen. Um die Regelungen der Finanzsicherung und des des Insolvenzrechtes zu vereinen, sollte man sich an das Prinzip halten, dass nach dem Ablauf dieser Zeitspanne das Recht zur Realisierung der Finanzsicherung vom Insolverzverwalter erworben werden kann, ungeachtet der Regelunge des Finansicherungsgeschäftes.

Es wurde noch festgestellt, dass, um das Gleichgewicht der Rechte und der Verpflichtungen herzustellen, muss dem Sicherungsnehmer die Verpfichtung zugeteilt werden, nicht nur die Information an den Insolvenzverwalter zu übergegen, welche Forderungen und in welchem Maße befriedigt wurde (Gestz, Abs. 9, Teil 6), sondern auch die Daten darüber, ob die Finanzsicherung durch

den Verkauf, durch den Übergang zur Nutzung oder durch eine andere Weise realisiert wurde und auf welche Weise der Wert der Finanzsicherung festgestellt wurde.

Zusammenfassend die ganze durchgeführte Untersuchung kann man behaupten, dass das am Anfang der Arbeit gestellte Ziel, die theoretischen und die praktischen Probleme, die mit der rechtlichen Regulierung der Insolvenz des Finanzsicherungsnehmers verbunden sind, zu analysieren, die Mängel der Regulierung, der Deutung und der Anwendung der Rechtsnormen zu identifizieren sowie die Richtungen der möglichen rechtlichen Regulierung zu geben, erreicht wurde.

Zusammenfassend die Ergebsnisse der Untersuchung lassen sich folgende Hauptschlussfolgerungen formulieren:

1. Die Finanzsicherung ist eine eigenartige Methode von gemischter rechtlicher Natur zur Sicherung des Verpflichtungenvollzugs, welche mit der Verpfändung des Finanzvermögens nicht gleichgestellt werden kann, weil sie nicht nur die Verpfändung des Finanzvermögens sondern auch die Übergabe des Besitzrechtes auf dieses Finanvermögen bedeutet.
2. Die rechtliche Regulierung der Finanzsicherung ist dazu gewidmet, die Finanzsicherung vom Einfluss der imperativischen rechtlichen Regelungen zu beschützen, die eine effektive Anwendung der Finansicherung zum Vollzug der Verpflichtungen hindern, und auf diese Weise die Anwendung der Finanzsicherungen auf den Märkten der EU zu fördern, aber nach der Elliminierung der Finanzsicherungsgeschäfte aus dem Einflussbereich einiger Rechtsnormen des Insolvenzrechtes entsteht das Problem der Vereinbarkeit von solcher Regulierung mit dem Insolvenzrecht: Im Insolvenzverfahren werden an die Gläubiger beschränkte Ressourcen verteilt, deswegen ist eine zusäzliche Schutzregime von bestimmten Objekten nur dann möglich, wenn der rechtliche Schutz von anderen Objekten entsprechend vermindert wird.
3. Das Insolvenzrecht hat sich wie ein Gegensatz zur individuellen Zwangsvollziehung ausgebildet, aber im Insolvenzrecht ist wiederum durch die die Realisierung der Finanzsicherung reglamentierenden Rechtsnormen die Möglichkeit der individuellen Einziehung entstanden. Nachdem dem Schuldner das Insolvenzverfahren eingeleitet worden ist, hat der Finanzsicherungsnehmer das Recht, einseitig unverzüglich die Finanzsicherung zu realisieren, falls solch ein Recht im Finanzsicherungsgeschäft vorgesehen ist.

4. Die Gerichtskontrolle der Finanzsicherungsgeschäfte *a posteriori* ist aber möglich, wenn es Zweifel besteht darüber, (1) ob ein Finanzsicherungsgeschäft gültig ist, (2) und ob die Finanzsicherheit auf eine komerziell begründete Weise realisiert wurde.
5. Die rechtliche Reglamentierung vom Vollzug der Finanzsicherungsgeschäfte im Insolvenzverfahren des Schuldners bildet eine rechtliche Sicherheit zur rechtlichen Rolle der Finanzsicherung im Fall der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers und fördert die Anwendung der Finanzsicherung. Für die Finanzsicherungsgeschäfte wird eine günstigere Regime angewandt im Vergleich zu gewöhnlichen Verträgen über die Verpfändung der Wertpapiere und der Geldmittel auf den Konten. Im Fall der Insolvenz des Finanzsicherungsgebers können solche Bedingungen des Finanzsicherungsgeschäftes eingegangen werden, welche, wenn sie in anderen Verträgen vorgesehen wären, im Fall der Insolvenz und, wenn bereits andere imperativische Normen des Insolvenzgesetzes in Kraft getreten wären, könnten nicht vollzogen werden.
6. Die rechtliche Regulierung der Finanzsicherung legt die privilligierte Rolle des Sicherungsnehmers im Fall des Insolvenzverfahrens des Finanzsicherungsgebers fest, sie sieht aber keinen klaren Mechanismus vor, um den Missbrauch von diesen Vorteilen zu vermeiden.
7. Falls der Finanzsicherungsgeber keine Institution des Finanzsektors ist, sondern ein kleines oder mittleres Unternehmen, sollte die Position des Erlassers der Rechtakten, wobei die Kolision der Prinzipien des Insolvenzrechtes und der Vertragsfreiheit beachtet werden, um den Vorrang dem Prinzip der Vertragsfreiheit zu verleihen, nicht durch die Ziele begründet werden, welche bei der Reglamentierung der Finanzsicherheit angestrebt wurden. Solche Regime der Finanzsicherungsgeschäfte sichert kein optimales Zusammenwirken der Prinzipien der Finanzsicherungsgeschäfte und des Insolvenzrechtes. Das Prinzip des Gleichgewichtes der Verpflichtungen und der Interessen des Schuldners sowie des Gläubigers wird erst dann beibehalten, wenn die Finansicherungsgeschäfte nur zwischen professionellen Marktteilnehmern abgeschlossen werden, die in ihrer Verhandlungskraft einander gleich sind.
8. Die Probleme der Vereinbarkeit der Finanzsicherung und des Insolvenzrechtes können zum Teil durch die Anwendung der Methoden zur Rechtsdeutung und die von den Rechtsprinzipien gesetzten Richtungen gelöst werden. Um eine möglichst geringe Einschränkung der Prinzipien des Insolvenzrechtes zu sichern, die die Finanzsicherungsgeschäfte reglamentierenden Rechtsnormen sollten unter der Anwendung der verengenden Rechtsmethode gedeutet werden.

9. Die rechtliche Regulierung der Finanzsicherheit sichert kein optimales Zusammenwirken der Finanzsicherungsgeschäfte und des Insolvenzrechtes und keinen effektiven Mechanismus zur Sicherung des Gleichgewichtes der Verpflichtungen, der Rechte und der Interessen des Finanzsicherungsgebers und anderer Gläubiger des Finanzsicherungsgebers, und deswegen ist sie zu vervollkommnen.

Salvija Kavalnė

FINANSINIO UŽSTATO DAVĖJO NEMOKUMAS: TEORINĖS IR PRAKTINĖS PROBLEMOS

Santrauka

Disertaciniame darbe nagrinėjama mokslo problema.

Finansinio sektoriaus siekis sustiprinti finansinių prievolių įvykdymo užtikrinimo priemonių teisinę padėtį paskatino Europos Sąjungos institucijų iniciatyvą sukurti naują teisinį reguliavimą, gerinantį finansinių prievolių įvykdymo užtikrinimo priemonių teisinį režimą Europos Sąjungos viduje ir darantį tokias finansines priemones patrauklesnes bei priimtinesnes finansų sektoriui. 1999 m. Europos Bendrijų Komisija pranešime „Dėl finansinių paslaugų rinkų - Bendrųjų nuostatų dėl finansų rinkos įgyvendinimas: veiksmų planas“ paskelbė, kad bus imtasi priemonių Bendrijos lygmeny panaikinti kliūtis, trukdančias plėtotis finansinio užtikrinimo priemonių rinkai. 2002 m. buvo priimtas šių iniciatyvų rezultatas – Direktyva dėl susitarimų dėl finansinio įkaito. Į Lietuvos teisę finansinio užtikrinimo – prievolių įvykdymo užtikrinimo finansinėmis priemonėmis – teisinis reguliavimas, kuriuo siekiama apsaugoti kreditorius nuo nepalankių teisės normų taikymo buvo perkeltas priėmus Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymą ir pakeitus kai kurias Įmonių bankroto įstatymo (toliau – ĮBĮ) , Įmonių restruktūrizavimo įstatymo, Lietuvos banko įstatymo nuostatas.

Naujuoju teisiniu reguliavimu sudaroma galimybė šalims susitarimu tam tikrą bankroto masės objektų dalį „išimti“ iš šios masės. Šalių susitarimu taip pat galima nustatyti, kad finansinį užstatą realizuoja ne bankroto administratorius, o pats kreditorius, kurio nesaisto bankroto teisės normose nustatytos procedūros, bei kitas bankroto teisės išimtis. Toks teisinis reguliavimas lemia, kad tam tikriems finansinės apyvartos objektams praktiškai buvo suteiktas „imunitetas“ bankroto teisei. Tačiau kuriant bet kurios prievolių įvykdymo užtikrinimo priemonės teisinę konstrukciją, būtina išspręsti problemą, kaip išlaikyti pusiausvyrą, optimalų balansą tarp

- *vieno* kreditoriaus (ar tam tikros kreditorių grupės) intereso gauti veiksmingą savo reikalavimo užtikrinimą bei
- *visų* skolininko kreditorių bendro intereso lygiomis teisėmis dalyvauti gaunant savo reikalavimo patenkinimą iš viso skolininko turto bankroto proceso metu.

Sukūrus Europos Bendrijoje naują teisinę bazę, gerinančią finansinių prievolių užtikrinimą, kapitalas gali būti efektyviai paskirstomas finansų sistemoje, užtikrinamas ekonomikos plėtojimasis, apsaugomos sutarčių šalių teisės ir sukuriamas tinkamas pažeistų teisių gynimo mechanizmas. Tačiau nereikia pamiršti, kad kiekvienoje Europos Bendrijos valstybėje bankroto teisė nustato įvairias imperatyvias taisykles, nuo kurių neleidžiama nukrypti sutarties šalių valia. Todėl būtina gilintis, ar šie skirtingi interesai gali būti suderinami ir kokia galėtų būti geriausia ekonominių santykių reglamentavimo praktika. Finansinio užtikrinimo teikiamiems neabejotiniems ekonominiams privalumams turi būti priešpastatomi nuostoliai, kuriuos galimai patirs veikianti bankroto teisės sistema, kadangi naujuoju teisiniu reguliavimu nustatyta, jog keletas iš svarbiausių bankroto teisės nuostatų negali būti taikomos finansinio užtikrinimo susitarimų atžvilgiu.

Greta įprastų kreditorių bei kreditorių, apsaugotų įkeitimo (hipotekos) teise, bankroto teisėje sukūrus privilegijuotų kreditorių sluoksnį, kuriems finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas užtikrina teisę šalių susitarimu susitarti dėl jiems nepalankių ir efektyviam turto realizavimui kelią užkertančių bankroto teisės normų netaikymo, kyla klausimai, kaip ir kokia apimtimi finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas keičia bankroto teisės sistemą, kokia finansinio užtikrinimo instituto vieta bankroto teisėje ir santykis su įprasto įkeitimo teisiniu reguliavimu, kokios praktinės problemos gali kilti taikant finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančias teisės normas skolininko bankroto procese, koks šio teisinio reguliavimo kontekste yra sutarčių laisvės ir bankroto teisės principų santykis, ar finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas apskritai yra suderinamas su bankroto teise. Visa tai yra aktuali mokslo problema.

Be to, pradinėje europinio finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo stadijoje buvo siekta reglamentuoti santykius tarp finansine patirtimi ir derybine galia lygių subjektų, todėl visos teisės normos buvo kurtos manant, kad jos nebus taikomos smulkioms ir vidutinėms įmonėms. Tai iš dalies lėmė, kad nebuvo keliamas klausimas dėl būtinybės kurti silpnesnės sandorio šalies interesų gynimo mechanizmą. Tačiau galutiniame variante buvo atsisakyta subjektų ribojimo didžiosiomis įmonėmis ir į finansinio užtikrinimo susitarimus galinčių sudaryti subjektų ratą įtraukti visi juridiniai asmenys, išskyrus fizinius asmenis – vartotojus, su sąlyga, kad bent viena susitarimo šalis yra finansų institucija plačiąja prasme. Finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo taikymas nevienodos finansinės ir derybinės galios subjektų atžvilgiu (pvz., bankų ir smulkių bei vidutinių įmonių sudaromiems finansinio užtikrinimo susitarimams) taip pat yra postūmis detaliai išanalizuoti naująjį teisinį

reguliavimą ir jo įtaką nacionalinei bankroto teisei. Finansinio užtikrinimo susitarimo šalių ir finansinio užstato davėjo kreditorių tarpusavio santykių, jų teisių, pareigų ir interesų pusiausvyros skolininko bankroto procese vertinimas, analizė, ar sudarant itin palankias sąlygas vienam kreditoriui (ar kreditorių grupei), nenukentės kitų kreditorių interesai bei finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumo problemų sprendimo būdų paieška taip pat yra aktuali mokslo problema.

Disertacinio darbo aktualumas, mokslinis naujumas ir tyrimų apžvalga.

2004 m. gegužės 1 d. įsigaliojo Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymas, įgyvendinantis Europos Parlamento ir Tarybos direktyvą 2002/47/EB dėl susitarimų dėl finansinio įkaito. Šiame įstatyme pirmą kartą įtvirtinta finansinio užtikrinimo susitarimų koncepcija, įvesta nemažai naujų sąvokų, naujų teisinių kategorijų, tokių kaip finansinis užstatas, finansinio užtikrinimo susitarimai, bei teisinio reguliavimo ypatumų, pvz., galimybė finansinio užtikrinimo susitarimų atžvilgiu netaikyti tam tikrų imperatyvių bankroto teisės nuostatų ir kt. Tačiau nepaisant šio įstatymo įtakos Lietuvos teisei, ypač bankroto teisei, skirtingai nuo kai kurių kitų ES valstybių narių, kurių parlamentuose vyko aršūs debatai dėl Direktyvą perkeliančių nacionalinių teisės normų taikymo apimties ir perkėlimo technikos bei buvo parengtos poveikio nacionalinei teisei vertinimo studijos, komentarai, Lietuvoje apsiribota itin trumpu aiškinamuoju raštu, kuriame iš esmės atkartotas Direktyvos tekstas ir neįvertintas Direktyvos poveikis Lietuvos bankroto teisei. Visa tai sąlygoja šio tyrimo aktualumą.

Pabrėžtina ir tai, kad finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas Europos Sąjungoje nėra užbaigtas procesas. 2009 m. Europos Komisija pateikė Europos Parlamento svarstymui Direktyvos keitimo, pildymo pasiūlymus, iš esmės susijusius su Direktyvos dalykinės taikymo srities išplėtimu. Šių pakeitimų priėmimas tiesiogiai paveiks ir Lietuvos teisę, todėl šiuo metu yra itin aktuali ir būtina detali finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir jo suderinamumo su nacionaline bankroto teise teisinė analizė.

Nors nuo Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymo įsigaliojimo praėjo daugiau nei penkeri metai, teisinių tyrimų, skirtų finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir jo santykio su bankroto teise analizei, mūsų šalies teisinėje literatūroje itin nedaug.

Dėmesys šiai problemai skirtas K. Laurinavičiaus darbe „Nematerialiųjų vertybinių popierių teisinė prigimtis ir jų panaudojimas prievolių įvykdymo užtikrinimui“ bei to paties autoriaus straipsnyje „Direktyvos 20002/47/EB dėl finansinio užstato susitarimų įgyvendinimas Lietuvos teisėje“. Tačiau, kaip matyti iš tyrimų pavadinimų, darbuose daugiausiai dėmesio skirta nematerialiųjų vertybinių popierių teisinės prigimties analizei ir bendriesiems jų panaudojimo prievolių įvykdymo užtikrinti aspektams, o ne specialių bankroto teisės problemų, susijusių su finansinio užtikrinimo teisiniu reguliavimu, tyrimui. Kai kuriuos prievolių Lietuvos centriniam bankui įvykdymo užtikrinimo priemones ir jų taikymo būdus Eurosistemoje savo darbuose analizavo G. Pošiūnas (naudingos buvo jo įžvalgos dėl finansinio įkaito sąvokos interpretavimo). Bendrąsias įkeitimo teisės derinimo ES problemas tyrė A. Smaliukas. J. Šatas pateikė trumpą susitarimų dėl finansinio užtikrinimo sampratą ir apžvelgė pagrindinius teisinio reglamentavimo ypatumus savo knygoje „Tarptautiniai atsiskaitymai. Teisiniai pagrindai ir praktika“, ten iš esmės perteikdamas keletą pagrindinių įstatymo nuostatų. Analizuojant bankroto teisės tikslų, principų ir finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo santykį bei kitais klausimais, pasitelktos autorės kartu su bendraautoriais išleistame mokslo darbe „Bankroto teisė. Pirmoji knyga“ esančios įžvalgos.

Tačiau išsamus ir būtent finansinio užstato davėjo nemokumo teisinio reguliavimo poveikiui ir reikšmei Lietuvos bankroto teisei skirtas tyrimas Lietuvoje kol kas apskritai nebuvo atliktas, nesama ir teismų praktikos, galinčios atsakyti į taikant įstatymą iškilsiančius klausimus.

Užsienio teisės moksle tyrimų finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo poveikio ir santykio su bankroto teise klausimais teisinės literatūros taip pat nėra gausu. Ją galima suskirstyti į keturias grupes:

1) **Vadovėliai, komentarai**, kuriose trumpai pristatoma finansinio užtikrinimo susitarimo tematika. Skirta, jei taip galima pavadinti, bendrajam teisiniam išsilavinimui, o ne detaliai šio instituto analizei. Kartu pažymėtina, kad ši tyrimų grupė gerai iliustruoja ir atskleidžia kompleksinį nagrinėjamos problematikos pobūdį, nes finansinio užtikrinimo susitarimų tema pristatoma įvairių teisės šakų ir institutų vadovėliuose, skirtų tiek bankroto teisei, tiek kredito užtikrinimo priemonių teisei, tiek vertybinių popierių teisei).

2) **Informacinio, pristatomojo pobūdžio įvairių šalių teisininkų moksliniai straipsniai**. Jų bendras požymis - aprašomos Direktyvos ir ją perkeliančių nacionalinių įstatymų nuostatos, nurodoma, ar pasinaudota Direktyvoje suteikta teise apriboti jos taikymo sritį. Vertinimas nekritinis, ekonominiai ir teisiniais aspektai beveik neanalizuojami.

3) **Analitiniai įvairių šalių teisininkų moksliniai straipsniai.** Jų esminis požymis – gili tiek Direktyvos, tiek nacionalinių teisės aktų analizė, kritinis vertinimas, plati ekonominio, politinio ir teisinio konteksto analizė. Daugiausia dėmesio finansinio užstato realizavimo klausimams skirta Nyderlandų teisės mokslininko T. Keijser monografijoje „Finansinio užtikrinimo susitarimai. Europos finansinio užstato direktyvos analizė žvelgiant iš nuosavybės bei bankroto teisės perspektyvos“.

4) **Rinkos ekspertų, mokslininkų bendri tyrimai**, kurie buvo atlikti iki Direktyvos priėmimo ir kurių išvadų pagrindu buvo sukurtas Direktyvos projektas. Juos dar galima vadinti parengiamąja Direktyvos medžiaga. Pagrindinis bruožas - vertintini kritiškai, nes parengti finansinių institucijų arba jas atstovaujančių organizacijų (pvz., ISDA), labiausiai suinteresuotų privilegijuoto statuso finansinio užstato turėtojams suteikimu, kadangi būtent jiems naudingas kuo platesnis Direktyvos taikymas ir kuo didesnis apsaugos režimas. Šiuose tyrimuose paprastai akcentuojama ekonominė naujojo teisinio reguliavimo nauda, ekonominiai privalumai. Šie darbai labiausiai naudingi siekiant suprasti ir interpretuoti Direktyvos priėmimo tikslus, ekonominį jos priėmimo kontekstą.

Tačiau daugumoje iš čia paminėtų teisinių tyrimų analizuojama situacija toje valstybėje narėje, kuriai atstovauja konkretus teisininkas, todėl Lietuvos teisės problemos šiuose darbuose analizuotos nebuvo. Be to, paprastai aptariama tik bendroji finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo reikšmė, ekonominė nauda, o išsamus būtent bankroto teisės problemoms skirtas tyrimas kol kas nebuvo atliktas nei Lietuvoje, nei užsienyje.

Taigi šio tyrimo mokslinį naujumą sąlygoja tai, kad koncentruojamasi ties lig šiol nei Lietuvos, nei užsienio teisės moksle išsamiai nenagrinėtu aspektu – teorinėmis ir praktinėmis bankroto teisės problemomis, susijusiomis su finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų taikymu finansinio užstato davėjo nemokumo atveju.

Praktinė reikšmė. Disertacijoje pateikiamos išvados ir pasiūlymai galėtų padėti Lietuvos ir ES teisės aktų leidėjams tobulinti finansinio užtikrinimo teisinį reguliavimą, taip pat teismams – aiškinant ir taikant finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančias teisės normas finansinio užstato davėjo bankroto procese.

Tyrimo rezultatai panaudoti autorės kartu su bendraautoriais išleistoje bankroto teisės knygoje „Bankroto teisė. Pirmoji knyga“ (Justitia, 2009 m.) (bendraautoriai dr. V. Mikuckienė, dr. R. Norkus,

R. Velička). Didelė dalis disertacijos įžvalgų pasitarnaus šiuo metu rengiamoje antrojoje bankroto teisės knygos dalyje.

Tyrimo rezultatais remiamasi Mykolo Romerio universitete vedant bankroto teisės studijų dalyko užsiėmimus

Tyrimo objektas – finansinio užstato davėjo nemokumo teisinis reguliavimas, finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų taikymo finansinio užstato davėjo nemokumo atveju poveikis bei reikšmė Lietuvos bankroto teisei.

Tyrime analizuojamos finansinio užstato davėjo nemokumo atveju taikytinos Europos Sąjungos ir Lietuvos finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos, nustatančios nacionalinės bankroto teisės išimtis, teismų praktika, Lietuvos ir užsienio šalių teisės mokslininkų darbai finansinio užtikrinimo susitarimų teisės bei jos santykio su bankroto teise tematika. Tyrimo dalyku nėra atsiskaitymų baigtinumą mokėjimo ir vertybinių popierių atsiskaitymo sistemose reglamentuojančios teisės normos. Tyrimas skirtas būtent bankroto teisės problemų analizei, todėl jame nėra nagrinėjami su finansinio užtikrinimo teisiniu reguliavimu susiję klausimai, kylantys mokesčių, įmonių ir kitose teisės srityse. Šio tyrimo dalykas taip pat neapima tarptautinės privatinės teisės klausimų, kylančių finansinio užtikrinimo teisės srityje, t.y., tyrime preziumuojama, kad finansinio užtikrinimo susitarimui taikytina Lietuvos teisė, *forum concursus* – Lietuvos Respublika..

Tyrimo tikslas – išanalizuoti teorines ir praktines problemas, susijusias su finansinio užstato davėjo nemokumo teisiniu reguliavimu ir jo poveikiu Lietuvos bankroto teisei, identifikuoti teisinio reguliavimo, teisės normų aiškinimo ir taikymo trūkumus bei pateikti galimas teisinio reguliavimo tobulinimo kryptis.

Darbo tikslą pasiekti padėjo šie tyrimo **uždaviniai:**

1. išanalizuoti pagrindinius finansinio užstato davėjo nemokumo teisinio reguliavimo požymius, finansinio užtikrinimo teisės[2] reikšmę ir vietą bankroto teisėje bei finansinio užtikrinimo susitarimų teisinio reguliavimo raidą;

[2] Terminas *finansinio užtikrinimo teisė* šiame tyrime naudojamas finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančioms teisės normoms apibūdinti. Juo siekiama apibendrintai apibrėžti visas pozityviosios teisės nuostatas, tiesiogiai ar netiesiogiai reglamentuojančias finansinio užtikrinimo susitarimus bei su jais susijusius teisinius santykius. Šio termino naudojimu jokiu

2. išanalizuoti finansinio užtikrinimo susitarimų galiojimo ir vykdymo finansinio užstato davėjo nemokumo atveju problemas ir nustatyti, ar finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos įtvirtina finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų finansinio užstato davėjo kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyrą skolininko bankroto procese;
3. įvertinti finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumą bei nustatyti finansinio užstato davėjo nemokumo atveju taikytinų finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų aiškinimo gaires.

Ginamieji tyrimo teiginiai:

Dabartinis finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas yra tobulintinas, nes finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos neįtvirtina finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų finansinio užstato davėjo kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyros finansinio užstato davėjo bankroto procese.

Siekiant apginti silpnesnės sandorio šalies interesus turi būti sukurtas efektyvus teisinis mechanizmas, galintis užkirsti kelią finansinio užstato davėjo kreditorių, kurių reikalavimai užtikrinti finansiniu užstatu, piktnaudžiavimui.

Finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos įtvirtina bankroto teisės išimtis, todėl esant keliems galimiems teisės normų aiškinimo variantams, finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos aiškintinos siaurinamai.

Tyrimo metodologija.

Tyrimo metu buvo kompleksiškai naudojami įvairūs tyrimo metodai. Remiantis lingvistiniu metodu, Įstatymo, Direktyvos, ĮBĮ ir CK normų prasmė buvo aiškinama analizuojant jų tekste vartojamų žodžių prasmę. Naudojant istorinį metodą buvo atskleista finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo raida Lietuvoje ir ES. Šaltinio turinio analizės metodu analizuota mokslinė literatūra, teisės aktai bei teismų jurisprudencija. Lyginamuoju metodu atskirų finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių

---

būdu nereiškiama pretenzija į tai, kad finansinio užtikrinimo susitarimų teisė yra savarankiška teisės šaka. Autorės nuomone, teisės sistemos atžvilgiu finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos sudaro tarpšakinį teisės institutą.

teisės normos ir jų aiškinimas Lietuvos teisės moksle bei teismų praktikoje buvo sugretintas su užsienio valstybių teisės doktrina bei teisės tradicijomis, siekiant atskleisti Lietuvos teisės ypatumus ir bendrumus su kitų ES valstybių teise. Šio metodo naudojimą nulėmė tai, kad finansinio užtikrinimo susitarimų institutas nėra Lietuvos teisės išradimas, šis institutas Lietuvos teisinėje sistemoje atsirado įgyvendinant ES teisės normas. Teleologinio metodo pagalba buvo siekiama išsiaiškinti konkrečių teisės normų priėmimo aplinkybes, nustatyti, kokių tikslų jas priimdamas siekė teisės aktų leidėjas, kokį turinį joms siekta suteikti. Sisteminės analizės metodas buvo naudotas išskiriant esminius finansinio užtikrinimo susitarimų instituto požymius, atskleidžiant finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir bankroto teisės ryšius bei suderinamumą. Analitinio – kritinio metodo naudojimas suteikė galimybę atskleisti teisinio reguliavimo trūkumus, surasti galimus šių trūkumų pašalinimo būdus.

Tyrimo struktūrą nulėmė suformuluoti uždaviniai**:** tyrimą sudaro įvadas, trys dėstomosios–tiriamosios dalys, išvados ir pasiūlymai. Pirmojoje dalyje analizuojama finansinio užtikrinimo teisės reikšmė ir vieta bankroto teisėje, finansinio užtikrinimo susitarimų samprata, pagrindiniai veiksniai, lėmę vieningo finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo poreikį Europos Sąjungoje bei finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo raida.

Antrojoje tyrimo dalyje nagrinėjamos finansinio užtikrinimo susitarimų galiojimo ir vykdymo skolininko nemokumo atveju problemos, gilinamasi į tai, kaip turėtų būti taikomos finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos skolininko bankroto procese, kokius apribojimus jos uždeda bendrųjų bankroto teisės normų taikymui. Detaliai analizuojamas finansinio užtikrinimo susitarimų turinys, kreipiant dėmesį į sąlygas, kurios įprastai negalėtų būti taikomos bankroto teisėje, tačiau kurių leistinumą įtvirtina finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas. Nagrinėjamas finansinio užstato davėjo, turėtojo ir bankroto administratoriaus tarpusavio teisių ir pareigų santykis, aiškinamasi, ar finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos įtvirtina finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų finansinio užstato davėjų kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyrą.

Trečiojoje darbo dalyje analizuojamas finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų ir bankroto teisės suderinamumas, nustatomos finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų aiškinimo gairės, pateikiami finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumo problemų sprendimo pasiūlymai.

Tyrimo pabaigoje pateikiamos pagrindinės išvados ir teisės aktų tobulinimo pasiūlymai.

Tyrimo rezultatų aprobavimas.

Darbas 2009 m. kovo 6 d. apsvarstytas Mykolo Romerio universiteto Civilinės ir komercinės teisės katedros posėdyje.

Pagrindiniai tyrimo rezultatai paskelbti Mykolo Romerio universiteto mokslo darbų žurnale „Jurisprudencija“ moksliniuose straipsniuose: (Kavalnė, S. Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymo taikymo srities nustatymo problemos. *Jurisprudencija: mokslo darbai*. 2008, Nr. 10 (112): 87-94; Kavalnė, S.; Norkus, R. Kai kurios finansinio užstato realizavimo skolininko bankroto procese problemos. *Jurisprudencija: mokslo darbai*. 2009, Nr.1 (115): 247-265)).

Tyrimo rezultatai taip pat paskelbti mokslinėje praktinėje konferencijoje „Verslo teisės aplinkos pokyčiai Lietuvai tapus Europos Sąjungos nare“, pranešimo tema: „Finansinio užstato teisinio reglamentavimo pokyčiai įstojus į Europos Sąjungą“ (Mykolo Romerio universitetas, 2005 m. lapkričio 18 d.).

Tyrimo rezultatai panaudoti vadovėlyje „Bankroto teisė. Pirmoji knyga“ (Justitia, 2009 m.) (bendraautoriai dr. V. Mikuckienė, dr. R. Norkus, R. Velička).

Svarbiausi disertacinio darbo rezultatai:

Pirmoji darbo dalis **„Finansinio užtikrinimo susitarimų samprata ir reikšmė bankroto teisėje“** suskirstyta į du skyrius. Pirmajame skyriuje „Finansinio užtikrinimo susitarimų teisinė charakteristika“ nustatyta, kad finansinis užtikrinimas yra savo turiniu bei prigimtimi ypatingas prievolių įvykdymo užtikrinimo būdas. Finansinio užtikrinimo susitarimas – tai Įstatymo kriterijus atitinkančių šalių kaip atskira sutartis sudarytas, arba standartinio susitarimo dalimi esantis susitarimas, kuriuo atitinkamų finansinių prievolių įvykdymas yra užtikrinamas įkeičiant finansinį užstatą arba perleidžiant nuosavybės teisę arba visas naudojimosi teises į finansinį užstatą finansinio užstato turėtojui.

Finansinio užtikrinimo susitarimai su nuosavybės teisės perleidimu – nauja prievolių įvykdymo užtikrinimo koncepcija Lietuvos įstatymų leidyboje. Finansinio užtikrinimo susitarimai be nuosavybės teisės perleidimo – savo esme įprastas finansinių priemonių įkeitimas, tačiau vadintinas kvalifikuotu

įkeitimu, nes įprasti įkeitimo teisės keliami reikalavimai jam taikomi tik tiek, kiek jie nėra panaikinti ar modifikuoti Finansinio užtikrinimo susitarimo įstatymo normomis.

Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymo taikymo sritis apibrėžta netiksliai, neatitinka teisės aktui keliamų aiškumo ir tikrumo kriterijų, todėl galimos įvairios Įstatymo taikymo srities interpretacijos. Dėl neaiškiai apibrėžtos įstatymo taikymo srities neįmanoma tiksliai įvertinti Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymo poveikio bankroto teisei apimties ir masto. Įstatymo taikymo sritis gali būti apibrėžta tik pasitelkiant teisės aiškinimo metodų visumą.

Antrajame I dalies skyriuje „Finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo raida“ nustatyta, kad vieningo finansinio užtikrinimo susitarimų teisinio reguliavimo poreikį lėmė ekonominiai veiksniai. Finansinio užstato direktyva, įtvirtinanti specifinį privilegijuotą finansinio užstato statusą skolininko bankroto atveju, priimta iš esmės siekiant įgyvendinti makroekonominius tikslus (padidinti Bendrijos finansinės sistemos stabilumą bei tuo pačiu remti paslaugų teikimo laisvę bei laisvą kapitalo judėjimą vieningoje Bendrijos finansinių paslaugų rinkoje).

Šiame skyriuje atlikta analizė parodo, kad oficialiu pagrindiniu tikslu (*ratio legis*), kurio siekiant priimta finansinio užtikrinimo susitarimų teisės Lietuvoje pagrindu esanti Direktyva, yra sisteminės rizikos išvengimas ir teisinio tikrumo sukūrimas, todėl būtent į šiuos tikslus turi būti atsižvelgiama analizuojant finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančias teisės normas ir jų poveikį nacionalinei bankroto teisei.

Antroji tyrimo dalis „**Finansinio užtikrinimo susitarimų galiojimo ir vykdymo finansinio užstato davėjo nemokumo atveju problemos“** yra suskirstyta į tris didelius skyrius. Pirmajame skyriuje analizuojamos bendrosios finansinio užtikrinimo susitarimų vykdymo ir galiojimo finansinio užstato davėjo nemokumo atveju nuostatos, antrajame analizuojami probleminiai finansinio užtikrinimo susitarimų vykdymo klausimai, kylantys iki bankroto bylos skolininkui iškėlimo, o trečiajame – iškėlus skolininkui bankroto bylą. Atliktos analizės pagrindu padarytos išvados, kad finansinio užstato turėtojas turi teisę nedelsdamas realizuoti finansinį užstatą savo nuožiūra, jei tokia teisė jam numatyta finansinio užtikrinimo susitarime. Tačiau teisminė finansinio užtikrinimo susitarimų kontrolė *a posteriori* yra galima, jei esama abejonių dėl to, (1) ar finansinio užtikrinimo susitarimas yra galiojantis, (2) ar finansinis užstatas buvo realizuotas komerciškai pagrįstu būdu. Nustatyta, kad

Direktyva ir ją įgyvendinantis Finansinio užtikrinimo susitarimų įstatymas numato imperatyvių bankroto teisės nuostatų dėl bankrutuojančios įmonės turto realizavimo išimtis, naudingas finansinio užstato turėtojui.

Tyrime konstatuota, kad bankroto teisė susiformavo kaip priešprieša individualiam priverstiniam vykdymui, tačiau finansinio užtikrinimo teisiniu reguliavimu bankroto teisėje vėl atsirado individualaus išieškojimo galimybė. Pagal finansinio užstato realizavimą reglamentuojančias teisės normas, finansinio užstato turėtojui suteikiama teisė, skolininkui iškėlus bankroto bylą, vienašališkai realizuoti finansinį užstatą pagal finansinio užtikrinimo susitarime numatytas sąlygas. Pabrėžta, kad finansinio užstato turėtojo teisė skolininko bankroto atveju nedelsiant vienašališkai realizuoti finansinį užstatą parduodant, perimant savo nuosavybėn, finansinių priemonių verte padengiant atitinkamus skolininko finansinius įsipareigojimus, sustiprina finansinio užstato kaip prievolių įvykdymo užtikrinimo priemonės efektyvumą. Tačiau įtvirtinant privilegijuotą finansinio užstato turėtojo padėtį finansinio užstato davėjo bankroto atveju ir neįtvirtinant aiškaus mechanizmo, skirto užtikrinti, kad suteikiamos privilegijos nevirstų piktnaudžiavimu, nėra užtikrinama optimali finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų kreditorių teisių bei interesų skolininko bankroto procese interesų pusiausvyra.

Tyrimo metu nustatyta, kad tarpusavio užskaita ir įskaitymas yra bendrų sąlyčio taškų turinčios, tačiau skirtingos teisinės koncepcijos. Finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas nustato išimtis iš bendrųjų bankroto teisės nuostatų ir įtvirtina specialų finansinio užtikrinimo susitarimų, kurių dalimi yra tarpusavio užskaita suėjus terminui, režimą, kuris skiriasi nuo bendrojo teisinio režimo, taikomo įskaitymui. Prieita išvados, kad tiek finansinio užstato realizavimui, tiek papildomiems vertybinių popierių ar pinigų pervedimams, atliekamiems pasikeitus vertybinių popierių vertei, neturi būti taikomos bendrosios bankroto procedūras reglamentuojančios normos, tačiau tokia apsauga neturi viršyti to, kas būtina šiam tikslui pasiekti, t. y. būtina laikytis proporcingumo principo.

Apibendrinant II darbo dalyje atliktą analizę padaryta išvada, kad šiai darbo daliai iškeltas tikslas buvo pasiektas, t. y. buvo nustatyta, kad:

- finansinio užtikrinimo susitarimų galiojimą ir vykdymą reglamentuojančios teisės normos nustato bendrųjų bankroto teisės nuostatų ir jų taikymo praktikos išimtis;
- finansinio užtikrinimo susitarimų vykdymo skolininko bankroto procese teisinis režimas yra palankus vienai iš susitarimo šalių – finansinio užstato turėtojui;

- dabartinis teisinis reglamentavimas neužtikrina finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyros skolininko bankroto procese.

Trečiojoje disertacinio darbo dalyje „**Finansinio užtikrinimo susitarimų teisinio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumo problemos“** išskiriamos ir analizuojamos finansinio užtikrinimo teisinio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumo problemos. Ši dalis suskirstyta į tris savarankiškus skyrius. Pirmajame skyriuje analizuojama finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų ir bankroto teisės principų sąveika, antrajame – finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normų aiškinimo problemos, trečiajame – finansinio užtikrinimo susitarimų teisinio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumo problemų sprendimo būdai. III darbo dalyje atlikta analizė leido pasiekti jai iškeltą tikslą: išskirtos finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumo problemos, konstatuota, kad finansinio užtikrinimo susitarimų teisinis režimas neįtvirtina optimalios sutarčių laisvės ir bankroto teisės principų sąveikos, nustatyti taikytini teisės aiškinimo būdai ir pateikti siūlymai, kaip spręsti finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumo problemas, tobulinti finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyros užtikrinimo mechanizmą. Atliktos analizės pagrindu nustatyta, kad finansinio užtikrinimo susitarimus įtvirtinančios teisės normos prioritetą teikia sutarčių laisvės principui: esant atitinkamoms finansinio užtikrinimo susitarimo nuostatoms, netaikomos imperatyvios ĮBĮ normos (dėl draudimo disponuoti bankrutuojančios įmonės turtu, dėl vienašališko realizavimo, įskaitymo draudimo ir kt.).

Išsiaiškinta, kad platus sutarčių laisvės principo taikymas finansinio užtikrinimo teisiniams santykiams kai kurioms imperatyvioms bankroto teisės normoms suteikia iš esmės dispozityvių teisės normų statusą. Padaryta išvada, kad finansinio užtikrinimo susitarimų teisinis režimas neįtvirtina optimalios sutarčių laisvės ir bankroto teisės principų sąveikos.

Prieita išvados, kad skolininko ir kreditoriaus pareigų ir interesų pusiausvyros principas išlaikomas tik tuomet, jei finansinio užtikrinimo susitarimai sudaromi tarp profesionalių rinkos dalyvių, lygių savo derybine galia. Siekiant užtikrinti finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumą, būtina įtvirtinti, kad finansinio užtikrinimo susitarimų šalimis negali būti smulkios ir vidutinės įmonės bei fiziniai asmenys.

Įvertinus finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumą, prieita prie išvados, kad finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančios teisės normos aiškintinos atsižvelgiant į tikslus, kurių siekta priimant Direktyvą.

Atliktos analizės pagrindu nustatyta, kad finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančias teisės normas, nustatančias imperatyvių bankroto teisės normų išimtis, reikėtų aiškinti siaurinamai. Jos aiškintinos atsižvelgiant į bankroto teisės principus, silpnesnės sandorio šalies gynimo, teisių ir pareigų pusiausvyros principus.

Tyrime padaryta išvada, kad siekiant spręsti finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumo problemas bei užtikrinti finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyrą, turėtų būti įtvirtinta prezumpcija, kad finansinis užstatas buvo realizuotas ne komerciškai pagrįstu būdu, jei finansinių priemonių, kuriomis prekiaujama reguliuojamose rinkose, pateiktų kaip finansinis užstatas, vertė, nustatyta pagal finansinio užtikrinimo susitarimo sąlygas, yra mažesnė, nei tokių finansinių priemonių paskutinė rinkos vertė toje reguliuojamoje rinkoje.

Teisė realizuoti finansinį užstatą turėtų būti vertinama ir kaip finansinio užstato turėtojo pareiga tai atlikti komerciškai pagrįstai būdu bei per protingą laiko tarpą. Siekiant suderinti finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės nuostatas, turėtų būti laikoma, kad praėjus šiam terminui, teisę realizuoti finansinį užstatą turėtų įgyti bankroto administratorius, nepaisant finansinio užtikrinimo susitarimo nuostatų.

Galiausiai nustatyta, kad siekiant užtikrinti teisių ir pareigų pusiausvyrą, finansinio užstato turėtojui priskirtina pareiga pateikti bankroto administratoriui ne tik informaciją apie tai, kokio dydžio ir kokie reikalavimai įvykdyti (Įstatymo 9 str. 6 d.), bet ir duomenis apie tai, ar finansinis užstatas buvo realizuotas pardavimo ar perėmimo nuosavybėn būdu bei kokiu būdu buvo nustatyta finansinio užstato vertė.

Apibendrinant visą atliktą tyrimą galima teigti, kad darbo pradžioje išsikeltą tikslą – išanalizuoti teorines ir praktines problemas, susijusias su finansinio užstato davėjo nemokumo teisiniu reguliavimu ir jo poveikiu Lietuvos bankroto teisei, identifikuoti teisinio reguliavimo, teisės normų aiškinimo ir taikymo trūkumus bei pateikti galimas teisinio reguliavimo tobulinimo kryptis, pavyko pasiekti.

Apibendrinus atlikto tyrimo rezultatus, pateikiamos tokios pagrindinės išvados:

1. Finansinis užtikrinimas – tai specifinis mišrios teisinės prigimties prievolių įvykdymo užtikrinimo būdas, netapatus finansinio turto įkeitimui, nes apima ne tik finansinio turto įkeitimą, bet ir nuosavybės teisės į finansinį turtą perleidimą.
2. Finansinio užtikrinimo susitarimų teisinis reguliavimas skirtas apsaugoti finansinį užstatą nuo imperatyvių teisės nuostatų, užkertančių kelią efektyviam finansinio užstato naudojimui prievolių įvykdymui užtikrinti, poveikio ir taip paskatinti finansinių užstatų naudojimą Europos Sąjungos finansų rinkose, tačiau eliminavus finansinio užtikrinimo susitarimus iš tam tikrų bankroto teisės normų poveikio sferos kyla tokio reguliavimo ir bankroto teisės suderinamumo problema: bankroto procese kreditoriams paskirstomi riboti ištekliai, todėl papildomas tam tikrų objektų apsaugos režimas yra galimas tik atitinkamai sumažinant kitų objektų teisinę apsaugą.
3. Bankroto teisė susiformavo kaip priešprieša individualiam priverstiniam vykdymui, tačiau finansinio užstato realizavimą reglamentuojančios teisės normos sąlygojo individualaus išieškojimo galimybės bankroto teisėje atsiradimą. Skolininkui iškėlus bankroto bylą, finansinio užstato turėtojas turi teisę nedelsdamas vienašališkai realizuoti finansinį užstatą, jei tokia teisė jam numatyta finansinio užtikrinimo susitarime.
4. Teisminė finansinio užtikrinimo susitarimų kontrolė *a posteriori* yra galima, siekiant nustatyti: (1) ar finansinio užtikrinimo susitarimas yra galiojantis, (2) ar finansinis užstatas buvo realizuotas komerciškai pagrįstu būdu.
5. Finansinio užtikrinimo susitarimų vykdymo skolininko bankroto procese teisinis reglamentavimas sukuria teisinį tikrumą dėl finansinio užstato teisinės padėties finansinio užstato davėjo bankroto atveju ir skatina finansinio užstato panaudojimą. Finansinio užtikrinimo susitarimams taikomas palankesnis režimas nei įprastoms vertybinių popierių, lėšų sąskaitose įkeitimo sutartims. Skolininko bankroto atveju gali būti vykdomos tokios finansinio užtikrinimo susitarimo sąlygos, kurios, jei būtų numatytos kitose sutartyse, bankroto atveju pradėjus veikti imperatyvioms Įmonių bankroto įstatymo normoms, negalėtų būti vykdomos.
6. Finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas įtvirtina privilegijuotą finansinio užstato turėtojo padėtį finansinio užstato davėjo bankroto procese, bet neįtvirtina aiškaus mechanizmo, skirto užtikrinti, kad suteikiamos privilegijos nevirstų piktnaudžiavimu.
7. Jei finansinio užstato davėjas yra ne finansų sektoriaus institucija, o smulki ar vidutinė įmonė, teisės aktų leidėjo pozicija, esant bankroto teisės principų ir sutarčių laisvės principo kolizijai, prioritetą suteikti sutarčių laisvės principui, negali būti pagrįsta tikslais, kurių siekta kuriant

finansinio užtikrinimo teisinį reglamentavimą. Toks finansinio užtikrinimo susitarimų teisinis režimas neįtvirtina optimalios sutarčių laisvės ir bankroto teisės principų sąveikos. Skolininko ir kreditoriaus pareigų ir interesų pusiausvyros principas gali būti išlaikomas tik tuomet, jei finansinio užtikrinimo susitarimai sudaromi tarp profesionalių rinkos dalyvių, lygių savo derybine galia.

8. Finansinio užtikrinimo ir bankroto teisės suderinamumo problemos iš dalies gali būti išsprendžiamos pasitelkiant teisės aiškinimo būdus ir teisės principų nustatytas gaires. Siekiant užtikrinti kuo mažesnį bankroto teisės principų ribojimą, finansinio užtikrinimo susitarimus reglamentuojančių teisės normos turi būti aiškinamos taikant siaurinamąjį teisės aiškinimo būdą.
9. Finansinio užtikrinimo teisinis reguliavimas neįtvirtina optimalios sutarčių laisvės ir bankroto teisės principų sąveikos, efektyvaus mechanizmo, galinčio užtikrinti finansinio užstato davėjo, finansinio užstato turėtojo ir kitų finansinio užstato davėjų kreditorių pareigų, teisių ir interesų pusiausvyros skolininko bankroto procese, todėl yra tobulintinas.

Atsižvelgiant į šias išvadas, darbe pateikiami konkretūs siūlymai, kaip tobulinti dabartinį finansinio užtikrinimo teisinį reguliavimą.